



Stuttgart 21, Wohnungsnot, TTIP, Fracking ... Und sie werden nicht aufhören!

Ganze Staaten sollen von großen Konzernen unterworfen werden. Jegliche Investitionshemmnisse sollen mit den Freihandelsabkommen TTIP (EU/USA), TISA (Dienstleistungen EU/USA) und CETA (EU/Kanada) niedergedrückt werden. Auf der Jagd nach Maximalprofit ist nichts vor ihnen sicher. Ob mit illegalen Werkverträgen, drohender Fremdvergabe von nicht ausreichend profitablen Produktionsbereichen wie in Untertürkei oder Einsparungen auf Kosten der Belegschaften, der Daimler-Konzern füllt seine Kriegskassen für die nächsten Auseinandersetzungen.

Fressen oder gefressen werden – heißt die Devise in der Schlacht auf dem Weltmarkt. Es herrscht Krieg – Wirtschaftskrieg, Medienkrieg, Krieg um die Köpfe ...

Nichts ist mehr, wie es war!

Entfesselter Kapitalismus, entfesselte Kriegspolitik – die Welt wird neu aufgeteilt! Der Zwang zum Maximalprofit stößt auf keine Grenzen mehr. Der unliebsame Konkurrent Russland steht der Expansion des EU-Kapitals (mit Deutschland als Speerspitze) nach Osten im Weg. Um diese Profitinteressen durchzusetzen, werden selbst faschistische Kräfte in der Ukraine unterstützt und wird mit NATO-Manövern die Kriegsgefahr angeheizt. Und die Zerstörungskraft des Kapitalismus wird immer offensichtlicher: Die Zerstörung öffentlicher Daseinsvorsorge (Nahverkehr, bezahlbarer Wohnraum, Gesundheitswesen, ...), Stadtzerstörung a la Stuttgart 21 oder Umweltzerstörung. Alles wird der Profitlogik unterworfen.

Die Systemfrage stellen!

Wenn wir heute gegen TTIP und Fracking auf die Straße gehen, morgen gegen wachsende Kriegsgefahr und übermorgen gegen zunehmende Armut und Wohnungsnot – das allem zugrundeliegende Problem hat einen Namen: Es heißt Kapitalismus.

Auch wenn im Sozialismus des ersten großen Anlaufs viele Probleme nicht gelöst wurden, so gilt doch, was Rosa Luxemburg vor 100 Jahren sagte: Sozialismus oder Barbarei! Mit dem Profitprinzip lässt sich keine der drängenden



Aufgaben lösen, es gebiert immer neue Ungeheuer. Die Voraussetzung für eine dauerhafte friedliche, soziale und ökologische Perspektive der Menschheit kann erst durch die Überwindung des Profitsystems geschaffen werden.

Billiger ist die Lösung nicht zu haben. Und der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt ...

Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen.

Wer sich befreien will, braucht Genossen. Wer Kraft entfalten will, muss sich organisieren.

Wer ein freies menschliches Leben erringen, die Zukunft gewinnen will, muss kämpfen.

Dafür steht die DKP.

Keine Profite mit der Miete!

Sozialer Wohnungsbau wird dem Profit geopfert

Erklärtes Ziel von OB Kuhn ist der Neubau von 300 Sozialwohnungen pro Jahr. Wie sich das mit über 3000 dringend wohnungssuchenden Haushalten in der Notfallkartei vereinbaren lässt, bleibt schleierhaft. Genauso, wie damit den aus ihren Wohngebieten vertriebenen „Geringverdienern“ geholfen oder die auslaufenden Mietpreisbindungen von Sozialwohnungen kompensiert werden sollen.

Wohnungsbau für Reiche

In den nächsten Jahren sollen im Milano (ehemaliges Güterbahnhofareal) etwa 410 und im neuen Gerber-Quartier etwa 90 Wohnungen gebaut werden. Und dann gibt es noch die 2001 durch die Stadt für 424,4 Mio. € erworbenen S21-Gleisflächen, die frühestens 2020 bebaubar sein sollen. (Der städtische Zinsverlust durch den frühzeitigen Erwerb von der Bahn nicht eingerechnet.) Bedenkt man, dass der Mietpreis zu einem nicht unerheblichen Teil vom Bodenpreis abhängt, so dürfte klar sein, dass diese Wohnungen zum geringsten Teil für Haushalte mit geringem Einkommen erschwinglich sind.

Nur die Rendite zählt

Der Preis des Baugrunds ergibt sich aus seiner Nutzung, aus den Möglichkeiten seiner Verwendung (Shopping-Malls und Büroflächen) und aus seiner Monopolstellung *Fortsetzung Seite 2*

EnBW - Wassermassen füllen Kassen

Seite 2

TTIP - geplanter Staatsstreich von oben?

Seite 3

Wohin treibt der Ukraine-Krieg?

Seite 3

9. November: Profitkalkül und "Rassenwahn"

Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

(beste Innenstadtlage) in den Ballungsräumen, wo Baugrundstücke besonders knapp sind. Der Kaufpreis, der für ein Grundstück bezahlt werden muss, ist deshalb nicht der Preis für den Boden, sondern der Kauf der Rendite, die auf dem betreffenden Grundstück erzielt werden kann. Wer Boden kauft, kauft Extragewinne, die der Lagevorteil in Aussicht stellt, und zahlt dafür entsprechend. Ein Bodenpreisstopp ist also illusorisch, so-

lange kapitalistische Konkurrenz besteht. Der Bodenpreis - und die Spekulation damit - bestimmt darüber, was wo für wen gebaut oder nicht gebaut wird.

Profitlogik verhindert sozialen Wohnungsbau

Auf Grundstücken, die zu Spekulationspreisen verkauft werden, kann kein sozialer Wohnungsbau mit preiswerten Mieten entstehen. Unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen gibt es nur eine Triebfeder, Wohnraum zu schaf-

fen: Profit. Eine Beschneidung der Profitlogik führt letztlich dazu, dass weniger Wohnraum gebaut wird, und damit zu einer weiteren Verknappung, was unweigerlich zu höheren Mieten führt. Dieses Problem kann im Kapitalismus nicht gelöst werden. Grund und Boden muss deshalb der - ausschließlich an hoher Rendite orientierten - privaten Verfügungsgewalt entzogen und in demokratisch kontrolliertes gesellschaftliches Eigentum überführt werden.



Seit Mai 2012 wehren sich die Menschen in Berlin Kreuzberg gegen die explodierenden Mietpreise und die Vertreibung aus ihrem Stadtviertel. Bundesweit Bedeutung gewinnt dieser Kampf durch die Verhinderung von einigen Zwangsräumungen. Auch bekannt geworden durch den Film „Mietrebell“, der am 12.10. um 12.00 Uhr im Kino Atelier am Bollwerk zu sehen ist. Unser Gast Klaus Linder ist im Film interviewt und gehört von Beginn an zu den Unterstützern der Proteste.

Vortrag und Diskussion im Rahmen der Aktionswoche Wohnst du noch?

www.armut-bedroht-alle.de

Freitag, 17.10.14

19.00 Uhr

Linkes Zentrum Lilo Herrmann
Böblinger Straße 105, Stuttgart-Heslach

EnBW - Wasser- massen füllen Kassen

Wie bei den meisten öffentlichen Leistungen stieg auch der Wasserpreis überdurchschnittlich. Die EnBW ist der Wasserlieferant für Stuttgart. Die Preiserhöhung zum 01.08.2012 um 9,3% hatte die Wasserkartellbehörde zum Anlass genommen, den Wasserpreis zu überprüfen. Nach Ansicht der Kartellbehörde muss der Preis wegen missbräuchlicher Preisgestaltung um 30% rückwirkend bis zum Jahr 2007 gesenkt werden. Bei einem Jahresverbrauch von 100 m³ sind bis zu 600 € zurückzuzahlen. Der Wasserpreis reduziert sich pro Haushalt ab sofort um ca. 90 € pro Jahr.

**ARMUT
bedroht
ALLE**

LANDESWEITE AKTIONSWOCHE WOHNST DU NOCH? VERANSTALTUNGEN IN STUTTART

So. 12.10.2014, 12:00 Uhr | Filmvorführung „Mietrebell“
Widerstand gegen den Ausverkauf der Stadt, im Atelier am Bollwerk (Leerstandsmelder Stuttgart)

Mo. 13.10.2014, 10:00 Uhr | Straßenaktion zur Pressekonferenz
des landesweiten Bündnisses „Wohnst Du noch“, am Haus der katholischen Kirche, Königstraße 7
(ver.di-Erwerbslosenausschuss Stuttgart)

Di. 14.10.2014, 18:00 Uhr | Wohnst Du noch – in Stuttgart?
Gemeinwohl im Blick statt Investoreninteressen im Nacken
Diskussionsveranstaltung. Mit freien Trägern in der Wohnungsnotfallhilfe, Mieterverein Stuttgart, DGB Stuttgart, ver.di-Erwerbslosenausschuss, Leerstandsmelder, Mieterinitiativen, Flüchtlingsrat BW, ZsL (barrierefreies Wohnen) und Studierenden.
Württembergischer Kunstverein, Schlossplatz (Aktionsbündnis)

Mi. 15.10.2014, 9:00 – 13:00 Uhr | Innenstadtbegehung der besonderen Art: Orte wohnungsloser Frauen!
Beginn: Hauptstätter Str. 87, 1. Stock (Frauenspezifische Hilfe-konferenz der Wohnungsnotfallhilfe)

Do. 16.10.2014, 15:30 Uhr | Aktion zur Gemeinderatssitzung
Marktplatz vor dem Rathaus (Aktionsbündnis)

Sa. 18.10.2014, 19:00 Uhr | „Taschenlampen Tour“
Start von der Calwer Passage aus durch Stuttgart-West
(Leerstandsmelder Stuttgart)



www.armut-bedroht-alle.de

Abzocke geht munter weiter

Die Entscheidung der Kartellbehörde vom 05.09.2014 wird von OB Kuhn als positiv für den Verbraucher bewertet. Der Stuttgart21-Befürworter und Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion im Gemeinderat M. Körner hält die Verfügung gegen die EnBW sogar für ein starkes Signal für die StuttgarterInnen. Die Rechte der Verbraucher würden gestärkt. Der EnBW-Konzernvorstand D. Mausbeck verkündete: „Wir werden die Verfügung nicht akzeptieren“.

Verschleiern und Verschweigen

Frei nach dem Motto „Haltet den Dieb“ soll vergessen gemacht werden, dass in den letzten Jahren keine Entscheidung der Gemeinderatsmehrheit von CDU, Grüne, SPD, FDP und Freie Wähler gegen die Interessen der EnBW getroffen wurde. Noch im März 2014 hat die Mehrheit im Gemeinderat gegen SÖS/Die Linke entschieden, dass das Strom- und Gasnetz in Stuttgart nicht allein durch die Stadtwerke betrieben werden soll, sondern nur zusammen mit der EnBW. Durch diese Entscheidung sinkt laut OB Kuhn der Strompreis. Fürwahr ein schönes Märchen.

Einladung zu den Treffen der DKP

Gruppe Nord:

Di. 14.10. und Di. 28.10., 19.00 Uhr, Bürgerzentrum Feuerbach, 1. Stock, Stuttgarter Str. 15 bei OBI, Eingang Roserplatz (Haltestelle Feuerbach Bahnhof)

Gruppe Cannstatt:

Mo. 13.10., 19.00 Uhr, Gaststätte Äquator, Kreuznacher Str. 57, Cannstatt (Nähe Wilhelmsplatz)

Gruppe Süd:

jeden 3. Donnerstag im Monat, 16.10. um 19.00 Uhr, Linkes Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105, Stuttgart-Heslach (Haltestelle Erwin-Schöttle Platz)

TTIP – geplanter Staatsstreich von oben?

Das bisher an die Öffentlichkeit Gedrungene liest sich wie ein Horrorkatalog. Alles bisher noch öffentliche Eigentum (Land und Rohstoffe, Trinkwasser, Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser, Energieversorgung, öffentlicher Nahverkehr, kulturelle Einrichtungen, alles was mit Daseinsvorsorge zu tun hat) soll nun völlig uneingeschränkt Profitinteressen untergeordnet werden. Verbraucherrechte, Arbeitsschutzrechte, soziale Rechte, Mieterschutz, Umweltschutz, Datenschutz, Sparschutz, sind betroffen. Unbegrenzter „unternehmerischer Freiheit“ steht derzeit noch der kümmerliche Rest dessen im Weg, was an Mensch und Umwelt schützenden Gesetzen noch übrig geblieben ist.

Das alles soll nun beseitigt werden. Lebensmittelskandale sind dann keine Skandale mehr, sondern Normalität. Um demokratische Kontrolle bei Vergabe öffentlicher Aufträge, oder gar um Spekulantenförderung durch Milliardengräber wie Stuttgart 21 wird nicht mehr gestritten, das ist ja dann ein für alle Mal entschieden.

Der Bock als Gärtner

Schon jetzt entscheidet die Justiz hierzulande tendenziell zugunsten des Kapitals. Aber da sollen die letzten Risiken beseitigt werden. Künftig sollen Konzerne sogar Regierungen auf entgangene Gewinne verklagen können, wenn diese Gesetze erlassen, die Profite schmälern. Oder wenn sie ihre Gesetze nicht an Maximalprofitbedingungen anpassen. Entscheiden sollen dann Schiedsgerichte, bestehend aus Vertretern der Anwaltskanzleien der Großkonzerne. Die Kläger bestellen die Richter.

Geld regiert die Welt

Aktuell werden die TTIP-Verhandlungen unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** aber unter Federführung von über 600 Lobbyisten der mächtigsten Kapitalisten-Vereinigungen geführt. Sie und ihre Staaten wollen sowohl Schutzwälle gegen demokratischen Widerstand errichten, wie auch anderen Staaten ihre Spielregeln aufzwingen. Was in der Praxis schon lange (schlecht verschleiert) gang und

gäbe ist, würde nach TTIP hochhoffizielle Gesetzesdoktrin: Alle Staatsgewalt geht vom Großkapital aus. Das wäre nichts anderes als ein Staatsstreich, der die letzten Reste formaler Demokratie unter den Teppich kehrt.

Wehrt euch!

Wo Recht zu Unrecht gemacht wird, wird Widerstand zur Pflicht. (Siehe Art.20/4 Grundgesetz) Gefahr droht den Profitgeiern, wenn Menschen massenhaft (statt scheidendemokratisch verbrämter Formaldemokratie) echte Demokratie (Volks-herrschaft) einfordern.

**DEMOKRATIE STATT KONZERNMACHT
FREIHANDELSABKOMMEN STOPPEN**

**DEMONSTRATION
11. OKTOBER 12 UHR
STUTT GART WILHELMSPLATZ**

**12 UHR: KUNDGEBUNG DES DGB
13:30 UHR: DEMONSTRATIONSZUG
14:30 UHR: INFOMARKT SCHILLERPLATZ**

Wohin treibt der Ukraine-Krieg?

Die Würfel sind gefallen: Die Ukraine wurde per doppeltem Parlamentsbeschluss, vom EU-Parlament und dem in Kiew, - noch vor den angesetzten Parlamentswahlen schnell über die Bühne gezogen(!) - als assoziierter Staat der EU angegliedert.

Damit ist die Westorientierung gegen Russland und die weitere EU-Ostexpan-

Steigende Kriegsgefahr

Gleichzeitig finden in diesem Jahr 6 Militär-Manöver von NATO-Staaten im Nicht-NATO-Land Ukraine statt, mit dem erklärten Ziel, die ukrainische Armee in die NATO-Strukturen einzubinden (unter Führung der US-Armee). Und das alles vor dem Hintergrund des seit dem Putsch vom Februar diesen Jahres gegen die

Bevölkerung der Ostukraine entfesselten Bürgerkriegs! Faschisten sind dabei willkommene Stoßtrupps!

Momentan ist zwar eine leichte Entspannung eingetreten, dennoch bleibt eine weitere Eskalation gegen Russland nicht auszuschließen. In diese Richtung treiben sowohl die verschärften Wirtschaftssanktionen als auch die entfesselte Hetze gegen Putin.

Auch wenn hoffentlich niemand mit dem Gedanken eines großen Kriegs gegen die Atommacht Russland spielt, so birgt dieses Vorgehen dennoch unkalkulierbare Risiken!

Die Bevölkerung sowohl der Ukraine als auch des restlichen Europas kann daran kein Interesse haben.

Imperialistische Expansion stoppen

Als treibende Kraft ist allein das ungezügelte Expansionsstreben der westlichen Konzerne auf der Jagd nach neuen Profitquellen zu erkennen. Und da steht Russland zunehmend als lästiger Konkurrent im Wege.

Es soll zurückgedrängt, eingekreist und in letzter Konsequenz zerstückelt und beseitigt werden. Für dieses Ziel werden systematisch alle Voraussetzungen geschaffen.

Und da sind die deutsch-dominierte EU und die USA gleichzeitig Komplizen und Konkurrenten, die sich in einem gefährlichen Wettlauf wechselseitig überbieten!

Es ist höchste Zeit, dass von uns, von der Bevölkerung, dieser verantwortungslosen Logik des imperialistischen Kapitalismus entgegengetreten wird.

Solidarität mit den AntifaschistInnen und KommunistInnen der Ukraine! Stoppt die weitere Kriegsvorbereitung! Kein Krieg gegen Russland und auch nicht anderswo!



11.09. Protestaktion am EUCOM

sion beschlossene Sache, unter deutscher Führung! Dass damit für die ukrainische Bevölkerung die weitere Verarmung und Entrechtung einhergeht (trotz aller Illusionen), ist Nebensache.

Reichspogromnacht am 9. November

Profitkalkül und „Rassenwahn“

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 gingen im ganzen Land die Synagogen in Flammen auf. In Stuttgart war das gegen 3 Uhr in der Frühe.

Bereits am nächsten Tag war in den Zeitungen zu lesen, der Volkszorn hätte Brandschatzung und Verwüstung ausgelöst. Tatsächlich war dieser Volkszorn kurzfristig von Goebbels in Berlin organisiert worden. Schließlich waren es Feuerwehrleute, die nach einer Einsatzbesprechung mit der SA die Synagogen fachgerecht in Brand setzten.

Organisierter "Volkszorn"

Genauso fachmännisch organisiert, war der Volkszorn, der am folgenden Tag jüdische Geschäfte plünderte und zerstörte. SA-Trupps jagten männliche Juden. Sie wurden verprügelt und in KZs verschleppt, viele auch an Ort und Stelle ermordet.

Die meisten jüdischen Menschen, die diesen November 1938 überlebten, über-

lebten dennoch den rassistischen Terror der Nazis nicht. Sie leisteten unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit für die IG Farben und die anderen Konzerne der deutschen Rüstungsindustrie. Schließlich brannten die Leichen der im Gas ermordeten Arbeitsunfähigen oder durch die Arbeit unbrauchbar gewordenen in den Öfen.

Kalkulierter Rassenwahn

Was heute oft Rassenwahn der Nazis genannt wird, hatte System und folgte der kalten Rationalität eines Verbrechens, das deshalb begangen wurde, weil es Gewinn versprach.

Es warf Gewinn ab, durch die Enteignung jüdischen Vermögens, durch Zwangsarbeit, bis hin zur „Verwertung“ des Zahngolds der Ermordeten.

Dem sogenannten Rassenwahn der Nazis war vor allem eine Funktion zugeordnet im größten Geschäft, das damals geplant

und vorbereitet wurde: Der Eroberungskrieg zur Unterwerfung Europas.

Wem nutzt es?

Spätestens am 9. November 1938 wurde die deutsche Bevölkerung kaum lösbar verstrickt in die Verbrechen der Nazis.

Das Pogrom des 9. November löste keine Unruhen, keine Abkehr von Führer und Vaterland aus, sondern es begründete oder verfestigte eine Komplizenschaft zwischen den Nazi-Tätern und der Mehrheit der Bevölkerung als vermeintlichen Nutznießern.

Um das Verbrechen eines Krieges um die Vorherrschaft in Europa ins Werk zu setzen, hatten wesentliche Teile des Großkapitals, Banken und Militärs den Nazis den Weg zur Macht geebnet. Der Völkermord wurde dafür nutzbringend in Kauf genommen.

Der 9. November 1938 bewies, dass das System des Antisemitismus und Rassismus der Nazis funktioniert hatte und funktionieren würde, um die noch viel monströseren Verbrechen, die folgen sollten, zu begehen.

Gedenkveranstaltung zur Pogromnacht

am 9.11.2014 ab 15.00 Uhr

**Auftakt Nähe Wilhelmsplatz (Cannstatt) im Bereich der verlegten Stolpersteine mit Rede- und Kulturbeiträgen
Gemeinsamer Gedenkmarsch zur Gedenkstätte an der ehemaligen Synagoge**

75 Jahre nach Beginn des 2. Weltkriegs wissen wir: Es war alles vorbereitet!

Die Synagoge in Cannstatt wurde vom Leiter der Brandwache, zwei Feuerwehrleuten und einigen Nazis angezündet. Fast alle männlichen Stuttgarter Juden zwischen 18 und 65 Jahren wurden verhaftet, ja sogar Kranke sowie Jugendliche unter 18 Jahren kamen überwiegend ins KZ Welzheim.

Der Jahrestag der Pogromnacht ist für uns Anlass, den Opfern des deutschen Faschismus zu gedenken.

6 Millionen JüdInnen, schätzungsweise mehr als 250.000 Sinti und Roma wurden Opfer des Rassenwahns. Unzählige AntifaschistInnen wurden verfolgt und verhaftet. Der deutsche Faschismus entfachte den 2. Weltkrieg im Interesse der deutschen Banken und Konzerne. Alleine 27 Millionen SowjetbürgerInnen bezahlten mit ihrem Leben.

Anlass zur Mahnung und zum Protest besteht, wenn:

... es bei 20 Prozent der Bevölkerung weiterhin einen latenten Antisemitismus gibt.

... gegen den Islam gehetzt und gegen Moscheen demonstriert wird und diese Ziele von Anschlägen werden.

... Angst vor „Flüchtlingsströmen“ und „Armutsmigranten“, insbesondere Sinti und Roma geschürt wird.

... in Europa Rechtspopulisten immer mehr Zulauf haben, die AfD bei Landtagswahlen über 10% der Stimmen bekommt.

... der vom Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss vorgelegte Abschlussbericht zu dem Schluss kommt, dass die „Häufung falscher und nicht getroffener Entscheidungen und die Nichtbeachtung einfacher Standards den Verdacht gezielter Sabotage und des bewussten Hintertreibens eines Auffindens des rechtsextremen NSU-Trios durch die Behörden zulasse“.

... im ukrainischen Odessa am 2. Mai rechte Schlägerkommandos über 100 Menschen ermorden und Medien und Politik schweigen.

... Bundespräsident Gauck am Antikriegstag den Konflikt mit Russland weiter zuspitzt, die sowjetischen Opfer im 2. Weltkrieg verschweigt und offen für noch mehr Kriege mit noch mehr deutscher Beteiligung wirbt.

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!



Impressum

Deutsche Kommunistische Partei Kreis Stuttgart
Böblinger Str. 105
70199 Stuttgart
www.dkp-stuttgart.org

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.

DKP Stuttgart, Spendenkonto:
IBAN: DE03600501010002078906,
BIC: SOLADEST600

marxistisch · kritisch · analytisch



UZ

- unsere zeit -
Wochezeitung der DKP



Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:
info@unsere-zeit.de · Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · www.dkp.de